

Wittenberg eröffnet grünen Bahnhof

Wittenberg (dpa) • Rechtzeitig vor dem Reformationsjubiläum 2017 hat Wittenberg einen modernen und besonders umweltschonenden Bahnhof bekommen. Er wurde am Freitag offiziell eröffnet. Solarzellen auf dem Dach, die Nutzung von Erdwärme, energieeffiziente regionale Baustoffe und eine Regenwasserbereifung sorgen laut Deutscher Bahn dafür, dass der Bahnhof CO²-neutral funktioniert. „Die Stadt hat jetzt eine moderne Visitenkarte für das große Reformationsjubiläum 2017 und darüber hinaus“, sagte Bahn-Vorstand Ronald Pofalla.

Das alte Bahnhofsgelände war abgerissen worden. In den Neubau, die Modernisierung der Bahn-Anlagen und das neugestaltete Umfeld haben Bahn, Land und Stadt den Angaben zufolge knapp 15 Millionen Euro investiert. Täglich nutzen rund 3650 Pendler den Bahnhof, hinzu kämen zum Reformationsjubiläum Hunderttausende Gäste.



Krippenspiel im Wald mit 30 Darstellern

Magdeburg (os) • Lebendige, imposant kostümierte Figuren, die das Krippenspiel aufführen – das ist bei der „Beyendorfer Waldweihnacht“ schon seit 14 Jahren die Tradition der evangelischen Kirchengemeinde Beyendorf. 30 Darsteller, die von 5 bis 75 Jahre alt sind, werden von ebenso vielen Helfern unterstützt. Das Foto zeigt die Akteure bei der Aufführung im vergangenen Jahr. Am heutigen Sonabend ist es wieder so weit. Die kleine Gemeinde südwestlich von Magdeburg lädt ab 15.30 Uhr ein.

Der Posaunenchor Barleben stimmt die Besucher zunächst mit Weihnachtsliedern ein. Für warme Getränke wird gesorgt. Ab 16 Uhr beginnt dann die Aufführung auf einer Lichtung in den Söhler Bergen. Wer das Krippenspiel besuchen möchte, sollte ab Beyendorf der Ausschilderung „Wald“ folgen.

Foto: Peter Gercke

Meldungen

Kreistag stimmt gegen Gestüt-Verkauf

Köthen/Prussendorf (ee) • Der Kreistag Anhalt-Bitterfeld fordert das Land Sachsen-Anhalt dazu auf, das Landgestüt Prussendorf nicht zu verkaufen. Für die Verabschiedung der Willensbekundung des Kreistages zum geplanten Verkauf stimmte der Kreistag am Donnerstag einstimmig. „Vom Tafelsilber sollte man sich nicht trennen, sondern es polieren, damit es glänzt – nicht nur für uns, sondern für das ganze Land“, sagte Landrat Uwe Schulze (CDU).

Wolf reißt in der Börde zwei Schafe

Zobbenitz (tj) • Auf einer Weide bei Zobbenitz (Landkreis Börde) sind in der Nacht zum Freitag zwei Schafe vermutlich von einem Wolf gerissen worden. Wie Schäfer Torsten Kruse mitteilte, war dies bereits der vierte Angriff auf seine Tiere in diesem Jahr, und das obwohl seine Herde durch einen 1,20 Meter hohen Zaun geschützt wird. Insgesamt wurden in diesem Jahr bereits 70 Schafe im Land gerissen.

Berichtigung

In der Meldung zum Konzert der Band „Die Fantastischen Vier“ auf dem Magdeburger Domplatz wurde gestern auf der Titelseite ein falscher Termin genannt. Das Konzert findet am 25. August statt.

Zweifel an Beratervertrag erhärtet

Beamtin im Finanzministerium hielt Vorgehen für problematisch / Anderer Beamter wurde befördert

Regeln können leicht umgangen werden

Vor Abschluss von Beraterverträgen über 20 000 Euro muss der Finanzausschuss zustimmen.

Doch es gibt einen Trick: Verträge mit der Investitionsbank werden als internes Geschäft deklariert, die dem Landtag nicht vorgelegt werden müssen.

Der Landesrechnungshof

bewertet das als Rechtsverstoß. Er hat Beraterverträge, Gutachten und Studien geprüft, die zwischen 2010 und 2013 vergeben wurden. Ergebnis: Etwa 70 Prozent der Aufträge wurden freihändig und oft am Parlament vorbei vergeben – so auch ein 6,3-Millionen-Euro-Vertrag, mit dem sich nun ein Untersuchungsausschuss befasst.

Aussagen im Ausschuss bestätigen, dass der Vertrag nur einem ausgewählten Kreis bekannt werden sollte. Auf ausdrücklichen Wunsch des Haushalts-Abteilungsleiters, eines ausgewiesenen Bullerjahn-Vertrauten, lässt die Referatsleiterin in dieser Angelegenheit die eigenen Fachleute, die Sachbearbeiter, außen vor – obwohl der Zeitdruck groß ist.

„Ist es üblich, dass ein solches Thema nur im kleinsten Kreis behandelt wird?“, will Eva Feußner (CDU) wissen. „Es kommt vor, aber es ist selten“, räumt die Referatsleiterin ein. Fand sie das nicht ungewöhnlich? „Ich habe das nicht groß hinterfragt.“

Gab es diese Ministeriums-Investitionsbank-Konstruktion auch mit anderen?, fragt Olaf Meister (Grüne). „In der Häufigkeit kenne ich keine andere Firma, mit der das so gemacht worden ist“, sagt die 49-Jährige mit Blick auf das isw. Direkte Gespräche zum IB-Vertrag habe sie weder mit Finanzminister Jens Bullerjahn noch mit Staatssekretär Jörg Felgner geführt, sagt sie.

Diese führte aber der zweite Zeuge, ebenfalls Referatsleiter im Ministerium. Er hat die von der Ministeriumsspitze gewünschte Erarbeitung des Millionen-Vertrags vorangetrieben und verteidigt jetzt das Vorgehen. Der heute 61-Jährige hatte beste Kontakte in die Ministeriumsspitze und ins isw. Auf

Der Untersuchungsausschuss zu Beraterverträgen hat am Freitag die ersten Zeugen vernommen. Eine Beamtin aus dem Finanzministerium hielt einen Millionen-Vertrag von Anfang an für problematisch – und berichtete von einer interessanten Dienstreise nach Wien.

Von Michael Bock und Christopher Kissmann Magdeburg • Zwei Stunden und 50 Minuten. Dutzende Fragen muss die heute 49-Jährige als Zeugin beantworten. Wurde bei der Vergabe eines Geschäftsbesorgungsvertrages getrickelt? Die Abgeordneten wollen wissen, wie im Jahr 2013 ein 6,3-Millionen-Euro-Geschäft zwischen Finanzministerium und Investitionsbank (IB) ablief. Noch bevor der Landtag grünes Licht gegeben hatte, unterzeichnete der damalige Finanzstaatssekretär Jörg Felgner (SPD) den Vertrag. Die IB vergab die Leistungen zu großen Teilen an das Wirtschaftsinstitut isw in Halle. Felgner, der nach der Landtagswahl Wirtschaftsminister wurde, ist inzwischen wegen fragwürdiger Beraterverträge zurückgetreten.

Besonders der E-Mail-Verkehr des Finanzministeriums interessiert die Abgeordneten

brennend. Aus den Akten geht hervor, dass die als Zeugin geladene Referatsleiterin schon am 11. Juni 2013 wissen wollte, ob sie den neuen Vertrag mit der IB erhalten könne, mit dem „wir über die IB das isw beauftragen“. Der Adressat, ein Referatsleiter-Kollege, antwortet ihr nicht. Grund: Er sei seinerzeit wegen des Hochwassers im Einsatz gewesen. Konnte nicht ein Vertreter die brisante Frage klären? Warum hatte die Referatsleiterin nicht nach? Die Antworten lassen vieles offen. Nur unzureichende Erklärungen stützen den Verdacht, dass von Anfang an geplant war, dem immer wieder mit Landesaufträgen bedachten isw einen weiteren lukrativen Auftrag zuzuschustern. Die Referatsleiterin bestreitet das.

Im Ausschuss wird bekannt, dass die Akten im Finanzministerium offensichtlich nicht mehr vollständig erhalten sind.

Die Zeugin lässt sich entlocken, dass es in den Unterlagen einst ein Papier der IB mit einer „Beschreibung gab, was der Inhalt des Vertrages sein sollte.“

„Ich kenne keine andere Firma, mit der das so gemacht worden ist.“

Doch warum wurde das Konstrukt über die IB überhaupt gewählt? „Das habe ich mich auch gefragt“, räumt die Beamtin im Ausschuss freimütig ein. Die Konstellation habe sie als „problematisch“ eingeschätzt. „Damit wird der Verwaltung freie Hand gegeben.“ Tatsächlich wurde der Vertrag am Parlament vorbei geschlossen. Der Landesrechnungshof hält das für rechtswidrig.

CDU-Nachfrage räumt er ein, dass er SPD-Mitglied ist. Mit Bullerjahn und Felgner ist er per Du, mit dem isw-Geschäftsführer Michael Schädlich auch.

„Üblich, dass ein solches Thema im kleinsten Kreis behandelt wird?“

Fragen wirft ein Gespräch am 26. Juni 2013 beim Staatssekretär auf. Dabei habe ihm Felgner überraschend mitgeteilt, dass seine Position als Referatsleiter gefährdet sei, erzählt der Beamte. Angeblich ohne Begründung. Es ist ungewöhnlich, dass ein Staatssekretär ein solches – nicht protokolliertes – Personalgespräch führt. Noch erstaunlicher ist: Nur eine Woche später, am 1. Juli 2013, wird der Referatsleiter befördert. Diesen Widerspruch kann der Beamte nicht erklären.

Wie gut die Verbindungen des isw ins Finanzministerium waren, zeigt ein anderes Detail. Es wird bekannt, dass im Jahr 2015 auf einer Dienstreise Bullerjahns und einiger Beamter nach Österreich auch isw-Chef Michael Schädlich dabei war. Zugegen waren in Wien zudem die Ehefrauen Bullerjahns und Schädlichs. Die SPD-Landtagsfraktion verlangt nun Aufklärung über die Reisekosten und wer diese übernommen hat.

Politiker muss vorerst zu Fuß gehen

Magdeburg (aw) • Der Grünen-Landtagsabgeordnete Sebastian Striegel muss nach einem Autounfall im August vorerst zu Fuß gehen. Die Staatsanwaltschaft habe Striegel im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Fahrlässigkeit vorläufig den Führerschein entzogen, teilte Fraktionschefin Cornelia Lüdemann gestern mit. Striegels Anwalt Alexander Hoffmann sprach von einer überraschenden Entscheidung, da es nur einen „sehr schwachen Tatverdacht“ gebe. Der Beschluss sei schlagartig ausgeführt worden. „Es entsteht der Eindruck, dass andere als nur die strafprozessualen Gründe ausschlaggebend waren.“ Striegel hatte im August auf der A14 bei Könnern einen schweren Unfall verursacht. Ein 28-Jähriger wurde dabei verletzt. Striegel fuhr zunächst weiter, kehrte dann aber um.



Der grüne Landtagsabgeordnete Sebastian Striegel. Foto: U. Lütke

Heute und morgen neuen Türchen 10 & 11:



Gewinnen Sie heute eine Familienjahreskarte für Ihren Zoobesuch.



Mit freundlicher Unterstützung von:



Gewinnen Sie morgen einen 100-€-Einkaufsgutschein von „Diesdorfer“.



Mit freundlicher Unterstützung von:



www.volksstimme.de/adventskalender

Abwasserverbände verweigern Kulanzregelung

Haus und Grund empfiehlt Klage, wenn Immobilie schon vor 1992 am Abwassernetz angeschlossen war

Von Jens Schmidt Magdeburg • Die neue CDU-SPD-Grünen-Koalition hatte in Sachsen-Anhalt im Mai ein Moratorium beschlossen: Verbände können die Verfahren auf Eis legen – bis das Verfassungsgericht urteilt. Das Problem: Das ist ein Kann – aber kein Muss. Viele Verbände denken gar nicht daran, Kulanzregelungen zu lassen.

Andreas Beyer, Geschäftsführer des Verbands Bode-Wipper in Staßfurt: „Das Moratorium ist Unfug. Erst hält uns das Land an, Beiträge zu erheben – und jetzt heißt es, wir sollen alles liegen lassen.“ 350 Widersprüche wurden abgelehnt. Jörg Meseberg, Chef vom

Wolmirstedter WWAZ, meint: „Ich hafte als Geschäftsführer auch persönlich und würde zu hohe Risiken eingehen, wenn ich untätig bliebe.“

Bei ihm liegen 9000 Widersprüche auf dem Tisch. In den nächsten Tagen sollen die Verfahren erstmalig laufen. Aber mehr als 1000 Betroffene haben bereits Post bekommen. Dann bleibt ihnen vier Wochen Zeit, um zu klagen. „Doch die wenigsten haben Nerv und Geld, den mühsamen Klageweg zu gehen“, sagt Holger Neumann, Landeschef vom Interessensverband Haus und Grund. Verstreicht die Zeit, wird der Zahlbescheid rechtskräftig, und es verstreicht auch die Chance,



Holger Neumann



Rüdiger Erben

Koalitionsfraktionen mehrfach erklärt. Aber: Entweder wollen sie das nicht verstehen oder sie können es einfach nicht.“

Auch im Süden des Landes gibt es ein gemischtes Bild. „Manche Verbände wie Weißfels halten sich an das Moratorium, andere wie Zeitlicher“, sagt Wolf Beck, Sprecher vom Initiativnetzwerk Kommunalabgaben in Teutschenthal (Saalekreis).

Die Opposition von Linkspartei und AfD hatte die Koalition auch dringend vor einer Kann-Lösung gewarnt. Kerstin Eisenreich: „Wir haben diese Probleme kommen sehen.“

Innenpolitiker Rüdiger Erben (SPD) meint, Zwang sei

nicht machbar gewesen, da das Land nicht zu stark in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen dürfe. Er versteht aber nicht, warum Verbände das Moratorium nicht einhalten. „Manche wollen auf Biegen und Brechen Geld einreiben.“

Neumann fordert alle Verbände auf, bis zur Urteilsvorkündung im Januar die Verfahren auf Eis zu legen. Und sollten doch Bescheide in den nächsten Tagen in der Post liegen, sollten Altanschießer eine Klage erwägen. Vor allem jene, deren Haus schon vor 1992 angeschlossen war, haben nach Neumanns Einschätzung eine gute Erfolgsaussicht.